Ressort: Politik

Über 31.000 Anträge auf Familienzusammenführung

Berlin, 29.07.2018, 14:02 Uhr

GDN - Deutsche Botschaften und Konsulate in den Syrien-Anrainerstaaten verzeichnen einen großen Andrang für den Familiennachzug. Den Vertretungen in Jordanien, Libanon, Irak und der Türkei liegen derzeit 31.340 Terminanfragen von Angehörigen in Deutschland lebender Flüchtlinge vor.

Der Großteil der Anträge – 22.100 – ging in der deutschen Botschaft in der libanesischen Hauptstadt Beirut ein. Das geht aus der Antwort des Auswärtigen Amts auf eine schriftliche Frage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen hervor, wie das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Montagausgaben) berichtet. Darin kündigt das Auswärtige Amt auch personelle Verstärkung an: "Die Botschaften Amman und Beirut werden kurzfristig einen zusätzlichen Visa-Entscheider erhalten", heißt es in dem Schreiben. Ab Mittwoch, dem 1. August 2018, sollen pro Monat bis zu 1.000 Angehörige von Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutzstatus nach Deutschland kommen dürfen. Darauf hatten sich Union und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen verständigt. Die Auswahl der Angehörigen erfolgt laut Auswärtigem Amt "nach humanitären Gründen". Dabei kann es sich um eine lang anhaltende Familientrennung handeln, um die Trennung von Familien mit einem minderjährigen Kind, ernsthafte Gefährdung von Leib, Leben oder Freiheit des Familienmitglieds, schwerwiegende Erkrankung, Pflegebedürftigkeit oder schwere Behinderung des Familienmitglieds. Die Linken-Politikerin Dagdelen kritisierte das Vorgehen der Behörden scharf. "Der Familiennachzug gleicht einer Lotterie zulasten Tausender Kinder und Frauen", sagte Dagdelen dem RND. "Das vorgesehene Personal für solch lebenswichtige Entscheidungen ist völlig unzureichend, und die Ermessensregelung öffnet der Willkür Tür und Tor", sagte die Vizevorsitzende der Linkspartei im Bundestag. Es sei "völlig unklar", nach welchen Kriterien die Dringlichkeit der Anträge entschieden würde. "Für viele wird die Zusammenführung der Familien auf Jahre verhindert - das ist weder christlich noch sozial und gefährdet auf fahrlässige Weise die Integration", beklagte Dagdelen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-109503/ueber-31000-antraege-auf-familienzusammenfuehrung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com